

Noch namenloser Rundbrief

inseitig - für rote Köpfe sorgend - parteiisch - einseitig - für rote Köpfe -

Ihr haltet hier unsere neueste Idee in den Händen: Einen Rundbrief voller roter Blätter. Mit diesem unregelmässig erscheinenden Publikationsorgan wollen wir euch über alles Mögliche informieren: Veranstaltungen, die wir gemacht haben oder die wir durchführen werden; Texte, die wir interessant finden; Positionen, die wir diskutieren oder beschlossen haben, ...

In dieser Ausgabe findet ihr Beiträge zu:

Europa und EU - Geschichte und Perspektiven	1
PdA Bern-Motto: Das Krankenbett des Kapitalismus	8
Jeder Tag ein Höhepunkt	9
3. Antifaschistischer Abendspaziergang in Thun	12
DER FALL NESTLÉ	13
Termine	15

Europa und EU - Geschichte und Perspektiven

Die gleichnamige Veranstaltung hat Anfang Oktober in Zürich stattgefunden.

Peter Dzikowski (ZH) hat mit dem Referenten ein Interview geführt, das unseres Erachtens viele Themen rund um die EU behandelt und das wir euch daher hier in kompletter Länge präsentieren.

War nicht der europäische Einigungsprozess vor dem Hintergrund der historischen Erfahrung zweier Weltkriege eine sinnvolle Idee, um dauerhaft Frieden in Europa zu sichern?

Für die lange Periode des Friedens in Europa war nicht der europäische Einigungsprozess ausschlaggebend, sondern mehrere Jahrzehnte lang das militärische Kräftegleichgewicht zwischen dem sowjetisch geführten „Ostblock“ und dem USA-dominierten „Westblock“ während des Kalten Krieges.

Das Motiv für die Gründung der Montanunion 1951 und den EWG-Vertrag 1957 war nicht Friedenspolitik. Der (west-) europäische „Einigungsprozess“ war ein Instrument des Kalten Krieges, ein Unternehmen der

Spaltung Europas und kein Akt der Einigung. Die sogenannte Europäische Integration war nach innen wie nach aussen ein Zusammenschluss der kapitalistischen Staaten gegen den Versuch einer antikapitalistischen Alternative in Europa. Es war ein Europa des „grossen Geldes“, der Konzerne und Banken, das so geschaffen wurde. Und das ist es auch bis heute geblieben. Deshalb ist es auch gekennzeichnet durch ein imperialistisches Expansionsstreben, durch den Ehrgeiz, die Europäische Union heute zu einem „global Player“, zu einer imperialen Weltmacht „auf gleicher Augenhöhe“ mit den USA zu machen.

Die EU-Osterweiterung hebt die politische Spaltung Europas auf - erzeugt und verstärkt dafür aber die soziale Spaltung, quer durch alle Länder Europas ..

Das Ziel der Osterweiterung ist der Anschluss, die Gleichschaltung der Beitrittsländer als ein den Interessen der führenden Mächte untergeordnetes abhängiges Randgebiet unter die geltenden EU-Normen. Übrigens wird auch damit, geographisch gesehen, noch nicht ganz Europa erfasst.

In den langwierigen Beitrittsverhandlungen mit den jüngst aufgenommenen ost- und südosteuropäischen Staaten ging es nie um Verhandlungen auf gleichberechtigtem Fuss, sondern immer nur um die Frage, wie sich die Beitrittsländer an die von den Führungsmächten vorgegebenen Bedingungen und EU-Normen anpassen.

Die Übernahme der EU-Regelungen zum freien Personen, Güter und vor allem Kapitalverkehr und zahlreicher weiterer EU-Rechtsnormen begünstigt die Profitstrategien des Kapitals. Der Verlagerung von hier ansässigen Firmen nach Osteuropa wird dadurch enorm Vorschub geleistet.

Die Folgen sind zunehmende Arbeitslosigkeit in Westeuropa und schlecht bezahlte Jobs bei bleibender hoher Arbeitslosigkeit in Osteuropa. Gut qualifizierte osteuropäische Mitarbeiter zu deutlich niedrigeren Löhnen steigern den Profit der Unternehmen. Zusätzlich werden Belegschaften in Westeuropa erpresst mit der Drohung, die Produktion ins (osteuropäische) Ausland zu verlagern.

Die Lissabon-Strategie sieht vor, dass Europa der dynamischste Wirtschaftsraum der Zukunft werden soll. Und diese Dynamik geht zu Lasten der lohnabhängig Beschäftigten in Westeuropa; gleichzeitig sind die günstigeren Löhne z.B. in Tschechien nur so lange interessant, bis die Produktion in gleicher Qualität noch günstiger in anderen Ländern Osteuropas oder in der Türkei, in China bzw. Asien möglich wird.

Deiner jüngsten Veröffentlichung entsprechend befindet sich die EU derzeit in gleich zwei Krisen: zum einen in einer politischen Legitimationskrise, zum anderen in einer Finanzkrise. Kannst du uns kurz die wichtigsten Ursachen dieser Doppelkrise beschreiben?

Die politische Legitimationskrise ergibt sich aus dem NEIN

der Referenden in Frankreich und den Niederlanden bezüglich der Verfassung der EU. Hier zeigt sich, dass die Menschen das nicht wollen, was ihre „Volksvertreter“ in grosser Mehrheit beschlossen haben. Die Kluft zwischen der Volksmeinung und dem Willen der „Volksvertreter“ ist unübersehbar.

Das zeigte sich eigentlich schon bei der letzten Europawahl im Juni 2004, wo die Beteiligung im EU-Durchschnitt nur bei 45,5 %, in Deutschland gerade bei 43 % lag. Noch schlechter fiel sie in einigen Beitrittsländern wie Polen oder der Slowakei aus, wo nur 21 bzw. 20 % der Wahlberechtigten überhaupt teilnahmen. Darin zeigt sich auch eine Krise des bürgerlichen Parlamentarismus.

Die Finanzierungskrise der EU ergibt sich aus den immer enger werdenden finanziellen Spielräumen der Hauptgeldgeber der Union, Deutschland, Frankreich und Holland einerseits und der Osterweiterung andererseits. Kanzler Schröder forderte für die Finanzierung von 2007 bis 2012, dass die Ausgaben für die EU nicht steigen dürfen. Die Begrenzung für die Finanzierung der EU liegt bei etwa 1 % des Brutto-sozialproduktes. Es geht um die Finanzierung des Agrar-Etats, des Struktur und Kohäsionsfonds.

Nun soll für 25 Mitglieder genau so viel ausgegeben werden, wie vor der Osterweiterung für 15 Mitglieder. Das bedeutet, dass bestimmte Nehmer-Länder logischerweise weniger bekommen als vor der Osterweiterung, etwa Spanien, Portugal

und Ostdeutschland. Andererseits hat man Polen bei einer Mitgliedschaft Gelder in Aussicht gestellt. Auf wie wenig darf Polen aus den EU-Töpfen jetzt hoffen?

Zusätzlich schwelt ein Streit über die mittelfristige Finanzierung der EU auch mit Grossbritannien. Um die Briten überhaupt zur Mitgliedschaft zu bewegen, räumte man der Insel seinerzeit einen kräftigen Beitragsrabatt ein. Dieser soll jetzt - nach dem Wunsch Frankreichs - wegfallen. Der EU-Gipfel im Juni offenbarte den Eklat. Den Vorsitz im Europäischen Rat hat nun turnusgemäss für das nächste halbe Jahr Grossbritannien, also Tony Blair. Es bleibt abzuwarten, ob unter seiner Präsidentschaft ein Kompromiss in dieser Frage gefunden werden kann.

Welche politischen Folgen hat das zweifache NEIN zu den Referenden bezüglich der EU-Verfassung?

Die Frage ist, ob das NEIN von den Herrschenden überhaupt respektiert wird. Der Verfassungsentwurf sieht vor, dass sie nur in Kraft treten kann, wenn sie bis Ende 2006 von allen 25 Mitgliedstaaten ratifiziert wird. Das heisst, wenn das NEIN in Frankreich und den Niederlanden respektiert würde, wäre dieser Entwurf bereits jetzt tot.

Dennoch hat der jüngste EU-Gipfel im Juni festgelegt, dass der Ratifizierungsprozess in den übrigen EU-Staaten fortgesetzt werden soll. Nun kann man fragen, was das für einen Sinn hat, wenn Frank-

reich und Holland die Verfassung sowieso schon zum Scheitern gebracht haben?

Offenbar denken die führenden EU-Kreise da an zwei Varianten, wie der vorliegende Verfassungsvertrag doch noch durchgesetzt werden kann: zum einen kann man noch einmal über die Verfassung abstimmen lassen - was ja bei früheren Abstimmungen, z.B. in Irland, schon praktiziert worden ist, in Frankreich aber vielleicht schwierig werden könnte. Zum anderen kann man eine „abgespeckte“ Version der Verfassung zur Abstimmung vorlegen. Der vorliegende Verfassungstext ist somit noch nicht vom Tisch, mindestens am Kern dieser Verfassung wollen die massgeblichen Führungskreise unbedingt festhalten.

Und das bedeutet...

..., dass das neoliberale Wirtschaftssystem, eine „offene Marktwirtschaft mit freiem und unverfälschtem Wettbewerb“, also der Neoliberalismus als Wirtschaftsordnung innerhalb der EU Verfassungsrang erhält. Ebenfalls, dass die Militärunion mit der Pflicht der Mitgliedstaaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“, wie es im Text wörtlich heisst, Verfassungsrang erhält, mit der ausdrücklichen Festlegung, dass auch eigenständige Militäreinsätze der EU ausserhalb der Union im globalen Massstab zulässig sind.

Welche Folgen hat das, wenn ein „freier Markt mit unver-

fälschtem Wettbewerb“ Verfassungsrang erhält?

Zum Beispiel, dass die EU-Direktive noch rigoroser durchgesetzt werden kann, wonach „Staatsmonopole“ - gemeint sind damit wichtige öffentliche Versorgungs- und Dienstleistungsunternehmen wie Eisenbahn, Post, Strom, Gas und Wasserversorgung - nicht zulässig sind und für das private Kapital „geöffnet“, also zur Privatisierung freigegeben werden müssen.

In Frankreich gibt es z.B. derzeit eine Auseinandersetzung darum, dass die Gas- und Stromversorgung noch in staatlicher Hand ist. Die Beschäftigten und die Gewerkschaften wehren sich gegen die von der EU verlangte Privatisierung mit vorhersehbarem Arbeitsplatzabbau.

Der Kapitalismus der BRD wurde lange Zeit als „soziale Marktwirtschaft“ beschrieben, meiner Meinung nach eine Falschbezeichnung. Was es gab, war eine freie Marktwirtschaft mit gewissen sozialen Zugeständnissen, die im Rahmen der Systemkonkurrenz mit den sozialistischen Ländern für den Erhalt der Kapitalherrschaft nötig waren. Wenn jetzt im Verfassungstext das Wort „sozial“ nur einmal fällt, aber ansonsten mehrfach nur von „freiem Markt“ ohne das Beiwort „sozial“ die Rede ist, widerspiegelt sich darin die Tendenz einer permanenten sozialen Schlechterstellung der lohnabhängig Beschäftigten.

Wie kann man der voranschreitenden sozialen Schlechter-

stellung lohnabhängig Beschäftigter begegnen?

Meiner Meinung nach nur mit einer Stärkung und Vernetzung der ausserparlamentarischen Bewegung, letztlich muss sich das Kräfteverhältnis zu Gunsten der Mehrheit der Bevölkerung verschieben. Wichtig hierbei sind gegenwärtig die globalisierungskritischen Bewegungen, ATTAC, die Sozialforen, aber ebenso auch die Gewerkschaften. Das europäische Sozialforum muss gestärkt werden.

Insgesamt blicken wir auf bedeutende Fortschritte im Bereich der ausserparlamentarischen Bewegung seit den letzten 4 bis 5 Jahren. Zum Beispiel die Demo in Brüssel im März 2005, veranstaltet vom „Europäischen Gewerkschaftsbund“ und von den globalisierungskritischen Vereinigungen, mit einer Teilnahme von mehreren hunderttausend Menschen zeigte, dass immer mehr Menschen gegen die Politik der Herrschenden aktiv werden und auf die Strasse gehen, damals konkret gegen die so genannte Bolkestein-Direktive.

Was besagt diese Direktive?

Sie sieht vor, dass alle Arten von Dienstleistungen EU-weit „liberalisiert“, das heisst die nationalen Zulassungs- und Ausübungsvorschriften abgeschafft werden. Der besondere „Hammer“ im Bolkestein-Entwurf war aber das so genannte „Herkunftslandprinzip“.

Wenn also etwa ein Pflegedienst seinen Sitz nach Tschechien verlegt, seinen Dienst aber in Nürnberg ableistet, so

gelten für diese Dienstleistung die tschechischen Vorschriften einschliesslich der Arbeitszeit und Tarifregelungen. Die Beschäftigten können dann nach tschechischem Tarif bezahlt werden und nicht nach deutschem. Diese Direktive zur Liberalisierung der Dienstleistungen setzt ein Lohn- und Sozialdumping in Gang, weil sie die Angleichung an die niedrigsten Lohn- und Sozialstandards erzeugt.

Beim Widerstand gegen den Neoliberalismus erwähnst du die Gewerkschaften - leiden diese nicht unter Machtverlust? Und was kann die neue Linke, wenn sie in den Bundestag nach der Wahl am 18. September einzieht, verändern?

Der Machtverlust der Gewerkschaften hat auch mit dem Strukturwandel zu tun, Stahl und Bergbau z.B. sind nicht mehr vorhanden. Aber der Mitgliederschwund resultiert hauptsächlich daher, dass die Gewerkschaften den neoliberalen Kurs mitgetragen und sich nicht zur Wehr gesetzt haben. Zu lange hat man sich von der Ideologie der „Sozialpartnerschaft“ leiten lassen.

Heute zeigt sich, dass diese nur zur Schlechterstellung der lohnabhängig Beschäftigten und zu einer offenen Kampfansage der führenden Kapitalkreise an die Gewerkschaften, zur versuchten Abschaffung von Kündigungsschutz und aller festen Arbeitszeitregeln, zur „Flexibilisierung“, das heisst zum Unterlaufen des Tarifrechts führt. Deshalb geht es auch innerhalb der Gewerkschaften um die Gewinnung der Mehrheit

für eine alternative Politik. Eine verstärkte Diskussion diesbezüglich ist im Gang. Die Gewerkschaftslinken haben sich zusammengeschlossen. Es gibt einen deutlichen Zuspruch für die Linkspartei. Dieser Prozess muss weiter forciert werden.

Die neue Linkspartei, die zunächst ja nur in Form eines Wahlbündnisses existiert - übrigens über die beiden Strömungen PDS und WASG hinaus, ist aus Sicht der DKP zu unterstützen, weil sie den Neoliberalismus ablehnt und helfen kann, die Vorherrschaft der neoliberalen Ideologie in der Gesellschaft zurückzudrängen. Es ist zu hoffen, dass bei der kommenden Bundestagswahl dieses linke Bündnis mit einer starken Fraktion in den Bundestag einziehen wird. Eine Fraktion allein wird allerdings noch nichts verändern können. Ziel kann es nur sein, über das Parlament eine öffentliche Diskussion verstärkt in Gang zu bringen und gleichzeitig die ausserparlamentarische Bewegung zu stärken. Es wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen, ob aus dem Wahlbündnis auch auf Dauer eine neue Linkspartei entsteht und mit welchen programmatischen und strategischen Zielvorstellungen dies geschieht.

Jetzt kandidieren auch einige Mitglieder der DKP auf den gemeinsamen Listen der „Linkspartei“. Die DKP wird ihre Eigenständigkeit als Partei aber nicht aufgeben.

Sollte mit der „Linkspartei“ und durch eine stärkere Bündelung aller linken Kräfte in-

nerhalb wie ausserhalb dieser Formation eine Stärkung der ausserparlamentarischen Bewegung erreicht werden, so kann das auch Auswirkungen auf die EU-Politik haben, denn letzten Endes ist das Ziel nicht nur ein anderes Deutschland, sondern ein anderes Europa. Wichtig dabei ist, dass der Widerstand sowohl auf nationalstaatlicher Ebene als auch auf EU-Ebene verstärkt werden muss. Die Bewegung vor Ort, etwa zur Erhaltung eines öffentlichen Schwimmbades ist dabei genau so ein Teil der Bewegung wie der Massenprotest gegen die Bolkestein-Direktive.

Wie könnte dieses andere Europa aussehen?

Die Alternative zur EU kann nicht ein Zurückfallen in die alten Nationalstaaten der Vergangenheit sein, in denen das Kapital ja auch schon das Sagen und die Macht hatte. Eine gleichberechtigte Zusammenarbeit der Staaten auf europäischer Ebene ist sinnvoll und kann für die grosse Mehrheit der Menschen Nutzen bringen. Aber sie muss von der Vorherrschaft der Kapitalinteressen befreit sein. „Ein anderes Europa“ ist eine abstrakte Formulierung, die näher beschrieben werden muss. Europa sollte nicht neoliberal regiert werden, sondern den Bedürfnissen der Menschen gerecht werden, Frieden und Solidarität zwischen den Ländern erzeugen, sich nicht abschotten, es soll ein Europa des sozialen Fortschritts werden.

Unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesell-

schaftsordnung sind diese Vorstellungen allerdings nicht durchsetzbar. Das bedeutet, das Fernziel kann in meinen Augen nur das sein, was historisch als Sozialismus bezeichnet wird. Wobei klar ist, dass ein neuer Anlauf zum Sozialismus in Europa natürlich aus den Mängeln und Fehlentwicklungen der Vergangenheit Lehren ziehen und eine bessere Umsetzung der grundlegenden Prinzipien und Ideen des Sozialismus anstreben muss.

Heute geht es zunächst um die Veränderung der bestehenden politischen Kräfteverhältnisse, um erste Schritte zur Eindämmung der Vorherrschaft des Kapitals in den einzelnen Staaten und auf europäischer Ebene, um die Sammlung und Zusammenführung der alternativen Kräfte als Voraussetzung, um weitergehende Ziele anstreben zu können.

Georg Polikeit (76), Journalist aus Wuppertal, ehemals langjähriger Redaktor der Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) „Unsere Zeit (UZ)“; jetzt Rentner. Regelmässige Veröffentlichungen in den „Marxistischen Blättern“ (MB), Neue Impulse Verlag GmbH, Essen, (www.marxistischeblaetter.de) und in der UZ (www.unserezeit.de).

Diverse Veröffentlichungen zu diesem Thema:

- grundlegend in MB 1-04 "EU-Verfassung und Weltmachtehrgeiz",
- Report 57, März 2004, "EU - 2004 Sozialabbau + Weltmachtkurs", isw-Institut für sozialökologische Wirtschaftsforschung e.V., München, (www.iswmuenchen.de),
- aktuell in MB 4-05, "Welche Alternative zur EU?".

Den Text "Welche Alternative zur EU?" könnt Ihr unter mail@pdabern.ch bestellen.



Herzogstrassenfest, 3. September 2005

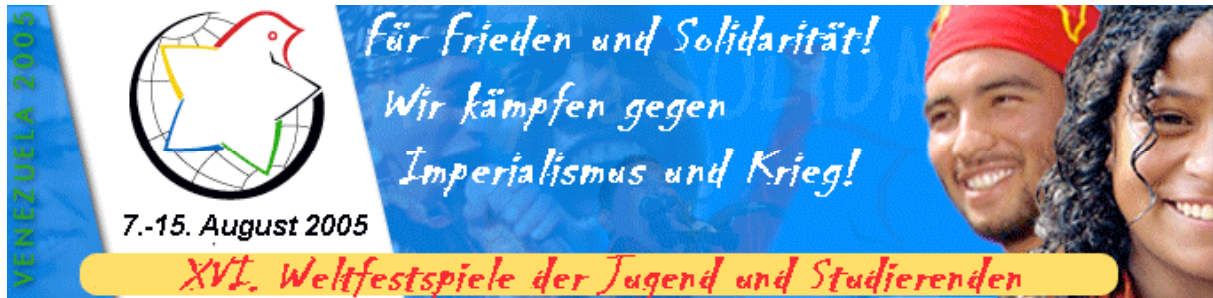
**PdA Bern-Motto:
Das Krankenbett des Kapitalismus**



Fotos: DoA

Das folgende Interview ist ein Nachdruck aus "Unsere Welt", Zeitung der Schweizer Friedensbewegung; geführt hat es P.Amadou. Auch ein paar Berner Genossen waren in Caracas, daher hier nun auch für euch:

Jeder Tag ein Höhepunkt



Unter dem Motto **Für Frieden und Solidarität, wir kämpfen gegen Imperialismus und Krieg** fanden im August die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden in Venezuela statt. Ein Interview mit Benjamin und Daniel, zwei Teilnehmern der Schweizer Delegation.

Ihr wart zum ersten Mal bei Weltfestspielen. Warum seid ihr hingefahren?

Daniel Als ich vor etwa einem Jahr zum ersten Mal von den Weltfestspielen las, war ich sofort begeistert und wollte unbedingt hin. Leider wusste ich damals nicht ob es in der Schweiz ein Nationales Vorbereitungskomitee gibt. Als die PdA die Initiative dafür ergriff, meldete ich mich sofort.

Vor allem wollte ich Leute aus der ganzen Welt treffen, die ähnliche Interessen und politische Überzeugungen haben. Der Austragungsort gerade dieser Weltfestspiele tat sein übriges; im Moment gibt es kaum ein spannenderes Land als das revolutionäre Venezuela.

Ben Mich hat schon allein die Idee der Weltfestspiele und ihr Anspruch, einen Bei-

trag zum Weltfrieden zu leisten fasziniert. Zudem war die Reise nach Venezuela eine ideale Gelegenheit, mehr über die bolivarianische Revolution zu erfahren.

Wie läuft so ein Festival überhaupt ab? Wie habt ihr den Tag verbracht?

Daniel Mit Ausnahme der Eröffnung verbrachten wir die Tage mit Konferenzen und Vorträgen. Das tönt nicht sehr spannend, war aber meistens sehr kurzweilig.

Ben Um an die Veranstaltungsorte zu gelangen, mussten wir jeweils über eine Stunde Bus fahren. Die Veranstaltungen fanden vor oder nachmittags statt, an vier verschiedenen Orten.

Daniel Es gab ausserdem ein Alternativprogramm, z.B. Bus-touren, auf denen man sich

über die sozialen Errungenschaften der Revolution informieren konnte. Genauso gut konnte man aber auch einen Tag am Strand oder im Nationalpark verbringen. Am Abend war meistens Fiesta angesagt, entweder in der Stadt oder bei den Unterkünften.

Welche Konferenzen und Foren der Weltfestspiele waren in euren Augen politisch am Wichtigsten?

Ben Wichtig waren für mich Foren über Fragen, die alle betreffen, wie Menschenrechte, Umweltfragen, der Verzicht auf Atomwaffen, der Kampf gegen den Imperialismus.

Daniel Ich fand alle Foren, die ich besuchte sehr spannend und wichtig. Neben dem Antiimperialistischen Tribunal war eine Diskussion besonders interessant, in der es um die politischen Ursachen wirtschaftlicher Schwierigkeiten einzelner Regionen ging. Dort haben sich Leute aus Nordkorea, Palästina und Venezuela mit diesen Fragen beschäftigt.

Was waren für euch die Höhepunkte des Festivals?

Ben Ein Höhepunkt war sicher das HipHop Konzert auf der Plaza Venezuela, mit Schweizer Beteiligung. Natürlich auch die (insgesamt drei) Auftritte des Präsidenten Chavez, aber ebenso die vielen Diskussionen mit jungen Menschen aus der ganzen Welt.

Daniel Für mich ist es auch schwierig einen einzigen Höhepunkt zu benennen. Eigentlich war jeder Tag ein Höhepunkt.

Habt ihr etwas von der aktuellen Situation in Venezuela mitbekommen?

Ben Ich war erstmals in Südamerika und habe einen kleinen Einblick in die Lebensweise der Menschen gewonnen. Die Allgegenwart der Streitkräfte war für mich ziemlich gewöhnungsbedürftig, doch wer an die Ermordung Allendes denkt, muss Chavez allemal Recht geben. Wie man mir erzählt hat, gibt es keine allgemeine Wehrpflicht mehr – ein mögliches Vorbild für die Schweiz.

Offensichtliche Unterschiede zwischen Arm und Reich, oder die aufdringliche Präsenz von Multis lassen auf eine kapitalistische Gesellschaft schliessen. Trotzdem macht sich überall eine gewisse Aufbruchstimmung bemerkbar: Schulen und Wohnungen werden gebaut, Mülldeponien saniert, Alphabetisierungskampagnen sind angelaufen und medizinische Anlaufstellen entstehen. Die Leute sprechen oft und sehr offen über politische Fragen, deren direkte Auswirkungen auf die Existenz sie vielleicht stärker spüren als wir, die wir aus einem „reichen Land“ kommen.

Ob die jetzige Regierung die Armut mindern konnte, oder wie die Opposition behauptet verschlimmert hat, ob und inwiefern der Staat korrupt ist, solche und ähnliche Fragen sind als Besucher schwierig zu beantworten. Dass nun gerade die Wohlhabenderen entschiedene Gegner der Regierung sind, wäre das nicht eher ein gutes Zeichen?

Daniel Die Spuren der Revolution bemerkt man an allen Ecken, dies geht von wunderbaren Wandmalereien bis zu den Projekten der Regierung Chavez, die Ben bereits erwähnt hat. Eines der imposantesten Projekte finde ich den Bau eines kompletten Eisenbahnnetzes, was es bis anhin in Venezuela nicht gab.

Was hat euch am meisten an der venezolanischen Situation beeindruckt?

Daniel Mich beeindruckten vor allem die grossen Differenzen zwischen der reichen Opposition und dem mehr oder weniger armen Volk. Während die Oberschicht alles versucht, um Chavez zu stürzen, scheint der Rest des Volkes klar hinter ihm zu stehen. Da fällt mir ein gutes Beispiel ein: In Caracas sprach uns eine Reporterin an und interviewte uns. Am Schluss fragte ich von welcher Zeitung sie wäre. El Mundo lautete die Antwort, also von einer Oppositionszeitung. Die Reaktion kam prompt: Eine Strassenverkäuferin die zugehört hatte, erklärte uns, dass wir dieses Interview nicht hätten geben dürfen, weil dies eine sehr böse Zeitung sei.

Ben Ich fand es beeindruckend, wie stark die Leute von der Möglichkeit und der Notwendigkeit eines Sozialismus im 21. Jahrhundert auf der Grundlage einer revolutionären, partizipativen Demokratie überzeugt sind.

Den Weltfestspielen wird vorgeworfen, dass auf den grossen Diskussionsveranstaltungen

Statements verlesen werden und es kaum zu Diskussionen kommt. War das in Venezuela anders?

Daniel Nein, war es leider nicht und dieser Vorwurf ist gerechtfertigt. Es kam nie zu richtigen Diskussionen oder wenigstens habe ich dies nie erlebt. Meistens wurden die Fragen heruntergelesen und erst später, wenn alle Fragen gestellt waren, beantwortet. Ich denke aber, dass es kaum Möglichkeiten gibt das anders zu gestalten, bei 17'000 TeilnehmerInnen.

Wird die Solidaritätsarbeit mit Venezuela künftig eine grössere Rolle in eurer Arbeit spielen?

Ben Wir werden uns bestimmt aktiver über die Entwicklungen in Venezuela informieren. Besonders wichtig scheint mir aber, in der Schweiz Aufklärungsarbeit zu leisten, um die Leute davon zu überzeugen, dass Solidarität mit Venezuela notwendig ist. Eine Politik, die eine Ausbreitung des Sozialismus auf ganz Lateinamerika zum erklärten Ziel hat, kann uns nicht kalt lassen. Gerade wegen dieser ehrgeizigen Vision kann auch die Gefahr einer USInvasion nicht ausgeschlossen werden.

Geht die Arbeit in der Schweiz nun weiter?

Daniel Ja, die Arbeit in der Schweiz geht sofort weiter. Wir werden ein Treffen der Delegation veranstalten, an welchem wir noch einmal über die vergangenen Weltfestspiele

sprechen und schon über die nächsten diskutieren werden.

Ben Wir werden ausserdem Veranstaltungen organisieren, voraussichtlich u.a. mit Auftritten von der Schweizer HipHop Band, die mit in Caracas war. Zudem geht es darum, eine Kontinuität zu erreichen und die Jugend zu motivieren auch zukünftig an Weltfestspielen teilzunehmen. In der Schweiz fangen wir fast bei Null an; die Weltfestspiele sind nahezu unbekannt, die Bewegung schien ausgestorben. Auch die Medien interessierten sich weitaus mehr für Jugendliche, die dem Papst zujubelten.

Daniel Für die Veranstaltung der nächsten Weltfestspiele 2007 wurde wiederum Caracas vorgeschlagen. Dafür

wollen wir besser vorbereitet sein. Wir haben sehr spät mit der Vorbereitung begonnen und so schien es uns, als wäre unsere Delegation sehr schlecht vorbereitet. Ich hoffe auf jeden Fall, dass ich bei den nächsten Weltfestspielen auch dabei sein kann, denn im Grossen und Ganzen war es ein unvergessliches Erlebnis.



3. Antifaschistischer Abendspaziergang in Thun

Pressemitteilung der PdA Bern

Eines hat der verhinderte 3. Antifaschistische Abendspaziergang von Thun gezeigt: Das Menschenrecht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit wird mit Füßen getreten. Mit massiver Repression traten die Thuner Behörden unter der Regie des sozialdemokratischen Thuner Polizeidirektors Heinz Leuenberger Menschen gegenüber auf, die gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt ein Zeichen setzen wollten. Neben dem Verhindern des Antifaschistischen Abendspaziergangs zeichneten sich die Thuner Behörden und Polizei in der vergangenen Zeit vor allem

dadurch aus, bei rechter Gewalt grosszügig wegzuschauen – ein Zustand, den hinzunehmen wir nicht bereit sind.

Des Weiteren ist für die PdA Bern inakzeptabel, dass die Polizei wiederholt die eingekesselten Personen gefährdete. Als die Demonstrierenden beim so genannten „Ausbruchversuch“ langsam und mit erhobenen Händen auf die martialisch ausgerüstete Polizei zgingen, wurde aus einer Distanz von etwa 5 Metern Gummischrot und Tränengas eingesetzt, obschon die offizielle Mindestdistanz für einen Gummischroteinsatz

20 Meter beträgt. Die Polizei ging bewusst das Risiko ein, Demonstrierende zu verletzen, umso mehr, als sie die Gewehrläufe nicht auf den Unterkörper, sondern auf Kopfhöhe richtete, was verboten wäre.

Wir verurteilen dieses massive Polizeiaufgebot und den unverhältnismässigen Einsatz aufs schärfste und verlangen die sofortige Löschung der erhobenen Personendaten und einen Verzicht auf die angedrohten Bussen.

Wir fordern ein konsequentes Vorgehen gegen rechte Gewalt-

täter und Rechtsextremisten von Seiten der Thuner Behörden und Polizei.

Respekt gebührt all denen, die sich von den Einschüchterungen seitens der Thuner Behörden nicht abschrecken liessen und ihr antifaschistisches Engagement unter schwierigen und zum Teil demütigenden Bedingungen trotzdem zum Ausdruck zu bringen versuchten.

Widerstand gegen Rechtsextremismus und rechte Gewalt tut Not!

DER FALL NESTLÉ

**29./30. OKTOBER 2005
IM KORNHAUSFORUM BERN**

SAMSTAG, 29. OKTOBER
9.15-18.00 UHR

ÖFFENTLICHE ANHÖRUNG ZU NESTLÉ IN KOLUMBIEN

Aus Kolumbien kommen schwerwiegende Vorwürfe: Morddrohungen von Paramilitärs gegen GewerkschafterInnen während Arbeitskonflikten mit Nestlé, Verletzung von Arbeits und Gewerkschaftsrechten, zweifelhafte Produktqualität. Ein Rat aus bekannten Persönlichkeiten beurteilt in einem symbolischen Tribunal die Verantwortung von Nestlé.

Kulturelles Abendprogramm:
Essen und Musik aus Kolumbien.



SONNTAG, 30. OKTOBER
9.15-16.00 UHR

INTERNATIONALES FORUM

Workshops zum Verhalten Nestlé weltweit bezüglich:

- Landwirtschaft
- Das Geschäft mit dem Wasser
- Arbeits und Gewerkschaftsrechte
- Internationale Menschenrechtsnormen für Unternehmen

**Urteilsverkündung und Schluss-
erklärung:** Das Urteil der Anhörung zu Nestlé in Kolumbien wird verkündet. Das Plenum verabschiedet eine Deklaration mit Forderungen und Massnahmen in Bezug auf die Anhörung und Workshops.

Organisiert durch MultiWatch.

Der Schweizer Verein MultiWatch wird getragen von:

Alliance Sud (Arbeitsgemeinschaft der Hilfswerke), Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien (ASK), attac Schweiz, Brot für Alle, CETIM, Erklärung von Bern, Fachstelle OeME Bern, Gewerkschaftsjugend Bern,

Grüne Partei Schweiz, HEKS, JUSO Schweiz, OeME Kommission Bern-Stadt, Partei der Arbeit Schweiz, Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH, SOLIFONDS, Syndicat interprofessionnel de travailleuses et travailleurs (SIT), SWISSAID, terre des hommes schweiz, Unia Region Bern

MultiWatch wird unterstützt von:

Fastenopfer Schweiz, GLM (Laienmissionare), Junge Grüne Schweiz, SP Schweiz, Gewerkschaft Unia, RedHer (Europäisches Solidaritätsnetzwerk Kolumbien): Kolumbienkampagne Berlin, CASCOL (Spanien), CEDSALA (Spanien), COXALGijón (Spanien), CGT (Spanien), COLOMBIA SOLIDARITY CAMPAIGN (England), COMITATO CARLOS FONSECA (Italien), Schweizer Unterstützungskollektiv (Deutschschweiz), Colectivo de Solidaridad con Colombia (Westschweiz), AYNI (Belgien)

Bitte jetzt anmelden:

www.mutiwatch.ch

Termine

27.10.05

A. M. Rovira, die Botschafterin Kubas in der Schweiz, wird an der Universität Bern einen Vortrag über die Folgen der Blockade gegen Kuba halten - eine Gelegenheit Informationen aus erster Hand zu erhalten!

Der spanische Vortrag wird auf Deutsch und Französisch übersetzt.

Donnerstag, 27. Oktober 2005, ab 18 Uhr

Universität Bern, Hauptgebäude, Raum 101, 1. OG Ost

29.10.05

Reclaim the Streets - Party auf der Strasse

Pauluskirche, 17.00 Uhr oder Hirschengraben 17.15 Uhr, Bern

29./30.10.05

MultiWatch: Der Fall Nestlé: Öffentliche Anhörung zu Nestlé in Kolumbien

01.11.05

Mitgliederversammlung PdA Bern

Käfigturm PolitForum

Marktgasse 67, Bern, 19.30 Uhr

19./20.11.05

Ausserordentlicher Parteitag der PdAS, Locarno

06.12.05

Mitgliederversammlung PdA Bern

Käfigturm PolitForum

Marktgasse 67, Bern, 19.30 Uhr

Vorankündigung

Da im April nächsten Jahres Grossratswahlen im Kanton Bern anstehen und die PdA Bern beschlossen hat, daran teilzunehmen - im Wahlkreis Stadt Bern, wird sich der nächste Rundbrief um Wahlen, Parlamentarismus, etc. drehen. Beiträge sind herzlich willkommen!

Kontakt und Informationen: mail@pdabern.ch